

«Der Föderalismus hemmt die digitale Transformation»

Um zeitgemässe Angebote realisieren zu können, brauche es verbindliche Vorgaben, sagt Daniel Arber, Geschäftsführer der Organisation eOperations Schweiz. Gewisse Fragen könnten auch auf nationaler Ebene geklärt werden.



Daniel Arber ist Geschäftsführer von «eOperations Schweiz». Die Organisation erbringt für Bund, Kantone, Städte und Gemeinden Dienstleistungen im Bereich E-Government. Bild: zvg.

Wo steht die Schweiz in Sachen E-Government?

Daniel Arber: Sie hat zugelegt. Gemäss dem E-Government-Monitor 2018 ist die Bekanntheit der Online-Angebote von 30 Prozent im Jahr 2014 auf aktuell 55 Prozent gestiegen. Das ist eine positive Entwicklung. Allerdings hat immer noch fast die Hälfte der Befragten nichts von den bestehenden digitalen Services gehört. Das ist eine Aufforderung, diese bekannter zu machen. Wir müssen gewisse Grunddienste zudem flächendeckend umsetzen. Dann wird auch die Kommunikation einfacher.

Mehrere Studien sehen Nachholbedarf, Avenir Suisse spricht von einer «für ein

hoch entwickeltes Land ungenügenden digitalen Verwaltungsleistung».

Arber: Man sagt gemeinhin, der Feind des E-Governments seien gute Verwaltungsleistungen und die Kleinräumigkeit der Schweiz. Das trifft vermutlich zu. Mir fällt auf, dass Gemeindeverwaltungen flexibel sind und beispielsweise Termine ausserhalb der Bürozeiten anbieten. In Staaten mit grösseren Distanzen und schlechteren Dienstleistungen wird wahrscheinlich stärker in digitale Kanäle investiert. Doch es ist klar: Die Erwartungshaltung der Bevölkerung und der Wirtschaft steigt. Was bei Privatunternehmen digital möglich ist, soll es auch beim Staat sein. Man erwartet vielleicht nicht das gleich hohe Level, aber doch

zeitgemässe Angebote. Da muss man jetzt Gas geben.

Hat die Politik dies erkannt?

Arber: Sie ist weiter als noch vor fünf Jahren. Die Kantone haben Leitlinien zur Digitalen Verwaltung formuliert und wollen intensiver zusammenarbeiten. Bundesrat Ueli Maurer treibt das Thema voran. Die Zeit für E-Government ist günstiger als auch schon. Wir brauchen aber nicht nur Koordination, sondern auch verbindliche Vorgaben.

Woran denken Sie konkret?

Arber: Man muss festlegen, wofür der Bund, wofür die Kantone und wofür die Gemeinden zuständig sind. Ich denke an

gewisse Register. Man muss zum Beispiel entscheiden, ob man ein zentrales Einwohnerregister umsetzen möchte oder ob es eine Utopie bleiben soll. Vor der Volkszählung 2010 hat es nicht einmal überall kantonale Plattformen der Einwohnerregister-Daten gegeben. Was den Datenschutz betrifft, könnte man gewisse Fragen auf nationaler Ebene rechtsverbindlich klären. Dann müsste nicht jeder kantonale Datenschützer die im Wesentlichen gleichen Abklärungen treffen, wenn es um ein neues Online-Angebot geht.

Bremst die föderale Struktur die digitale Transformation?

Arber: Ja. Der Föderalismus ermöglicht es den Kantonen zwar, pionierhaft gewisse Lösungen zu entwickeln. Die kurzen Entscheidungswege sind dafür eindeutig ein Vorteil. Mit der schweizweiten

Umsetzung harzt es jedoch. Da stehen technische, organisatorische und rechtliche Hürden im Weg.

Sie haben mit eUmzugCH Erfahrungen gesammelt. Warum konnten Sie Ihre Meldeplatt-form noch nicht flächendeckend realisieren?

Arber: Sie ist in zwölf Kantonen ganz oder teilweise umgesetzt. In verschiedenen Kantonen laufen Einführungsprojekte. In einigen Fällen sorgen technische Fragen für Verzögerungen. Die Gemeinden setzen rund vierzig verschiedene Softwarelösungen zur Einwohnerverwaltung ein. Manche sind stark verbreitet, andere weniger. Nicht alle sind technisch auf dem aktuellsten Stand. Da braucht es entsprechende Arbeiten. Hinzu kommen Abklärungen bezüglich des Datenschutzes. In manchen Kantonen sind zudem die finanzi-

ellen und personellen Ressourcen knapp.

Der Wille wäre jedoch grundsätzlich vorhanden?

Arber: Ja, ich nehme das so wahr.

Wie beurteilen Sie die Nutzerfreundlichkeit der bestehenden E-Government-Angebote?

Arber: Sie liegt im Mittelfeld. Zwei Drittel der Nutzer beurteilen sie als gut, wie der E-Government-Monitor festhält. Die Messlatte steigt aber immer höher. Was man als Standard für digitale Interaktionen wahrnimmt, wird vom Angebot privater Firmen geprägt. Daran muss sich die öffentliche Hand orientieren, sie darf keine Exotenlösungen umsetzen. Laut einer aktuellen Studie tätigt die Mehrheit der Bevölkerung mindestens einmal pro Monat eine Online-Transaktion. E-Com-

Ein zentrales Einwohnerregister – nicht ohne Revision des Melderechts

Bis zur Entstehung der Registerharmonisierung, welche eingeführt wurde, um die Eidgenössische Volkszählung abzulösen, führten die Gemeinden autonome Einwohnerregister. Die Grundlagen für die Registerharmonisierung (Registerharmonisierungsgesetz (RHG) und –verordnung (RHV)) sind grundsätzlich reine Statistikgesetze. Diese verpflichten die Kantone dafür zu sorgen, dass die statistischen Daten schweizweit einheitlich erfasst werden. Die Erhebung der Daten erfolgt durch die Gemeinden. Viele Kantone haben die Gelegenheit genutzt, um kantonale Datenplattformen zu schaffen. Diese empfangen die Daten der Gemeinden, validieren sie aufgrund der rechtlichen Grundlagen und stellen sie anderen kantonalen Verwaltungseinheiten zur Verfügung. Via die Bundesdatenplattform (Sedex) können auch Mutationen geliefert werden. Die Register selbst führen immer noch die Gemeinden (Datenhoheit). Ihre Daten werden heute jedoch auf der Basis von gesetzlichen Grundlagen an Gemeinden und Behörden übermittelt.

Jeder Kanton musste gemäss RHG seine Meldegesetze anpassen. Wie auch anderswo gibt es 26 Versionen. Das RHG gibt zwar einige Grundlagen vor (Merkmale, Fristen, Datenlieferung), aber vieles müssen die Kantone selbst regeln (Gebühren, Umsetzung und Durchsetzung des Melderechts, zusätzliche Datenmerkmale, Zuständigkeiten, beizubringende Unterlagen

usw.). Insbesondere bei der Umsetzung von E-Umzug, mit dem Personen sich elektronisch ummelden können, zeigt es sich, dass die unterschiedlichen Gesetzgebungen nicht immer einfach umzusetzen sind.

Der Vorstand des Verbandes Schweizerischer Einwohnerdienste (VSED) erhält immer wieder Anfragen, ob er dazu nicht Weisungen oder Empfehlungen herausgeben könne. In bedingtem Masse gibt der VSED Empfehlungen ab; Weisungen kann er aus rechtlichen Gründen nicht erlassen. Es sind dabei aber immer die jeweiligen kantonalen Gesetze zu berücksichtigen, damit die Gemeinden die Empfehlungen auch anwenden können. Der Ruf nach einem eidgenössischen einheitlichen Einwohnerregister kommt dann jeweils schnell. Dazu fehlt aber schlicht die Gesetzesgrundlage, denn das RHG ist kein eidgenössisches Meldegesetz. Ein eidgenössisches Melderecht zu schaffen und damit auch ein eidgenössisches Einwohnerregister, wäre grundsätzlich gut. Die Umsetzung und damit die Ansprüche der Kantone, der Politik, des Datenschutzes, der Statistik, der Autonomie der Kantone und Gemeinden unter einen Hut zu bringen, dürfte schwierig und langwierig werden.

Die Kantone und Gemeinden können zwar aufgrund rechtlicher Grundlagen auch Daten an weitere Stellen übermitteln, wie dies aktuell für den Gebührenbezug von Radio und Fernsehen

durch die Serafe AG der Fall ist. Die Daten der Einwohnerregister, die zum Teil aus statistischen Zwecken geführt werden (wie die Wohnungszuordnungen) sind aber nicht unbedingt für solche Verwendungen geschaffen, sondern können nur die Grundlagen dafür liefern. Die Einwohnerregister sind dynamisch und zeigen, insbesondere wegen der Meldefristen, immer wieder Überschneidungen auf.

Der VSED stellt heute fest, dass sich die Umsetzung von Reformen selbst in kleinsten Bereichen über viele Jahre erstreckt oder gar verhindert wird. Darum: Der VSED begrüsst die Idee eines zentralen, nationalen Einwohnerregisters, ist aber klar der Ansicht, dass dieses nicht ohne Vereinheitlichung des Melderechts umgesetzt werden sollte. Entstehen für die Gemeinden dadurch zusätzliche Aufgaben oder Aufwände, müssten diese abgegolten werden. Zudem darf die Umsetzung nicht ohne Mitsprache der Gemeinden erfolgen. Der VSED als Fachverband ist gerne bereit, mit entsprechender Unterstützung an vorderster Front mitzuwirken.



*Theres Fuchs,
Vorstandsmitglied VSED*

ZU VERKAUFEN

«TEMPOHALLE» – TEMPORÄRE DREIFACHHALLE

Sie suchen

- eine temporäre Lösung für Schul- und Vereinssport?
- eine kostengünstige Dreifachhalle?
- einen Raum von 49×26×7 m (L×B×H)?
- eine Garderobenanlage?

Wir bieten

- eine Dreifach-Sporthalle (Unterteilung in drei Einfachhallen möglich) für intensiven Schul- und Vereinssport,
- eine Sporthalle, die zum Bruchteil des Preises einer Standardhalle sehr viele Anforderungen erfüllt,
- eine Holz-Stahl-Konstruktion, die mit einem lichtdurchlässigen Membrandach überdeckt ist,
- 30 Containereinheiten (Standard 6×2,5m).

Die «Tempohalle» ist **ab April 2019 verfügbar**.

Im Auftrag der Stadt Uster ist für Verkauf und Auskünfte zuständig:

Frank Kockelkorn
Berater für Sportbauten
Telefon +41 79 340 10 68
E-Mail kockelkorn@fksportbau.ch

Die Halle kann in Uster nach Voranmeldung besichtigt werden.

Weitere Informationen unter:
www.uster.ch/tempohalle



www.uster.ch

SWISS
eGOVERNMENT
FORUM 2019

// **VERWALTUNG – IHRE ROLLE IN DER DIGITALEN GESELLSCHAFT**
// **05. & 06. MÄRZ 2019 // BERNEXPO**

PRESENTED BY INFOSOCIETYDAYS

Als Innovations- und Dialogplattform leistet das Swiss eGovernment Forum einen wertvollen Beitrag zur Leistungssteigerung in der digital vernetzten Verwaltung auf Stufe Bund, Kantone und Gemeinden. Es thematisiert die Herausforderungen und zeigt Wege zu transparenten, wirtschaftlichen und medienbruchfreien elektronischen Behördenleistungen für Bevölkerung, Wirtschaft und Verwaltung.

WEITERE INFOS: WWW.E-GOVERNMENTFORUM.CH

 @ISD_eGOVERNMENT

merce ist auch für die über 70-Jährigen normal geworden. Das prägt. Bei staatlichen Angeboten sind die Nutzerzahlen wesentlich kleiner.

Die Privatwirtschaft zwingt die Kunden bis zu einem gewissen Grad, online zu interagieren. Sie setzt zumindest entsprechende Anreize. Die Verwaltungen sind zurückhaltender.

Arber: Das müssen sie. E-Government kann nur ein Zusatzkanal sein, es darf niemand ausgeschlossen werden. Der Staat trägt da eine besondere Verantwortung. Aber auch Menschen, die nicht digital unterwegs sind, können von der Digitalisierung profitieren. Automatisierte Verfahren setzen Ressourcen frei, die Verwaltungen für komplexere Fälle einsetzen können. Die Aufgaben der Mitarbeitenden werden breiter. Die Beratung wird wichtiger.

Der Schalter wird demnach nicht überflüssig?

Arber: Überhaupt nicht. Er ist das Gesicht einer Gemeinde und wirkt vertrauensbildend. Der Spruch «Die Zukunft von digital ist analog» gefällt mir gut. Es geht darum, analoge Elemente ins Digitale einzubauen. Man hat klassische und Online-Angebote lange strikt getrennt betrachtet. Doch die Kanäle ergänzen sich. Um sich zu informieren, gehen viele Menschen ins Internet. Beraten lassen sie sich dann aber am Telefon oder am Schalter. Wer, wenn nicht die Gemeinden, kann diese Mischung anbieten?

Könnten die Behörden die Beratung nicht auch online verstärken?

Arber: Doch, das wäre nicht schwierig. Ein Chat würde sich hervorragend eignen.

Online-Angebote zu entwickeln, ist mit erheblichen Kosten verbunden. Wie

eOperations Schweiz

Daniel Arber ist Geschäftsführer von «eOperations Schweiz». Die Organisation erbringt für Bund, Kantone, Städte und Gemeinden Dienstleistungen im Bereich E-Government. Ihr Ziel ist es, Doppelspurigkeiten sowie Mehrausgaben zu verhindern. Sie betreibt unter anderem die Online-Plattform eUmzugCH, auf der man Wohnortwechsel melden kann. Sie wurde im Rahmen von E-Government Schweiz aufgebaut und bündelt die Bedürfnisse nach IT-Dienstleistungen, beschafft sie bei den Lieferanten und dient als Ansprechstelle für die Gemeinwesen bei Fragen zum Betrieb der gemeinschaftlichen Lösungen. Gegründet wurde die Betriebsgesellschaft von der schweizerischen Informatikkonferenz, in der die Informatikorga-

nisationen der öffentlichen Verwaltungen von Bund, Kantonen, Städten, Gemeinden und dem Fürstentum Liechtenstein zusammengeschlossen sind. Inzwischen zählen über 40 Gemeinwesen ebenfalls zu den Aktionären. «Die Verwaltung ist auf dem Weg zur Digitalisierung gut beraten, sich mit der Privatwirtschaft auszutauschen und deren Erfahrungen zu nutzen», betonte Arber. Dazu suche eOperations den Dialog und den Erfahrungsaustausch mit der Wirtschaft. Arber hat sowohl in der Privatwirtschaft, als auch bei den Kantonen Berufserfahrungen gesammelt. Von 2001 bis 2010 war er bei der Swisscom für die Online-Strategie und die -Kanäle verantwortlich. Danach arbeitete er bei der Konferenz der Kantonsregierungen.

können ressourcenarme Gemeinden mithalten?

Arber: Sie müssen mit anderen zusammenarbeiten. Es gibt private Firmen, die sich dem Problem annehmen und Fachapplikationen sowie Portale anbieten. In einigen Kantonen, darunter St. Gallen, werden Beschaffungen vermehrt gemeinsam getätigt. Das ist die Zukunft.

eOperations Schweiz unterstützt Behörden bei Beschaffungen.

Arber: Genau. Wir führen Ausschreibungen durch, einerseits für unsere eigenen Softwarelösungen und deren Betrieb, andererseits gemeinsame Beschaffungen für mehrere Gemeinwesen. Der Nutzen ist offensichtlich: In einer gemeinsamen Beschaffung kann man mehr in die Vorarbeiten investieren, und sie kommt die Beteiligten dennoch günstiger zu stehen. Auch die Anbieter dürften ein Inte-

resse daran haben, sich für ein bestimmtes Volumen an einer statt an mehreren Ausschreibungen zu beteiligen. Teilweise hört man die Befürchtung, in solchen Ausschreibungen hätten nur grosse Anbieter Chancen. Wir nehmen das Thema ernst und bearbeiten auch wettbewerbsrechtliche Fragen sorgfältig.

Viele Menschen sind E-Services gegenüber skeptisch. Wie kann man sie ins Boot holen?

Arber: Ganz entscheidend sind nutzerfreundliche und durchgängige Prozesse. Man muss ein Geschäft von A bis Z online abschliessen können. Dafür braucht es integrierte Systeme. In unserer Organisation arbeiten wir beispielsweise mit digitalen Signaturen. Wer einmal erlebt hat, wie praktisch das ist, will nicht mehr darauf verzichten.

Eveline Rutz

Anzeige

Cloud-Speicher?
Aber sicher!

geoDocs
by geocloud



Die Dokumenten-Cloud-Lösung für
sichere Zusammenarbeit im Team.

www.geocloud.ch